

32

KLEINE REIHE

Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015

Ulrich Herbert

In der neuen Weltordnung

Zur deutschen Geschichte seit 1990

A portrait of Ulrich Herbert, an elderly man with white hair, wearing a dark suit, white shirt, and patterned tie. The portrait is overlaid with a semi-transparent teal color.

STIFTUNG
BUNDEPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

Zur Publikation

Die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 markiert symbolhaft das Ende des Kalten Krieges samt seiner bipolaren Teilung der Welt in Ost und West. Doch die Freude über die wiedergewonnene nationale Einheit sowie die Hoffnung auf eine neue, friedlichere Weltordnung trübten sich rasch ein. Zu groß waren die Herausforderungen und Krisen, mit denen die Bundesrepublik konfrontiert wurde. Der wirtschaftliche Zusammenbruch Ostdeutschlands, die Durchsetzung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, zwei Kriege gegen den Irak, der Zerfall Jugoslawiens, Stagnation und Rechtsradikalismus im Innern, Globalisierungs- und Migrationsschübe sowie heftige Erschütterungen der Weltökonomie hielten die deutsche Politik in Atem. Bis heute ist das wiedervereinigte Deutschland dabei, seine Rolle in der neuen Weltordnung zu definieren.

25 Jahre nach der Wiedervereinigung analysiert Ulrich Herbert, einer der besten Kenner der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, diese Entwicklungen im Rückblick und diskutiert Deutschlands neue Rolle in der Welt.

32

KLEINE REIHE

Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015

Ulrich Herbert

In der neuen Weltordnung

Zur deutschen Geschichte seit 1990

STIFTUNG
BUNDESPRÄSIDENT-
THEODOR-HEUSS-
HAUS

In der neuen Weltordnung

Zur deutschen Geschichte seit 1990

Im November 1990 wurden das Ende des Kalten Krieges und der Triumph des Westens mit der »Charta von Paris« feierlich beglaubigt. Alle europäischen Staaten, auch die Sowjetunion, bekannten sich darin zu Rechtsstaat und Demokratie sowie zur Wahrung der Menschenrechte – zweifellos ein bemerkenswerter Moment, aber eher noch eine *Momentaufnahme*, denn das Ende der Ost-West-Konfrontation war zugleich der Auftakt zur Herausbildung einer neuen globalen Machtstruktur, in der die USA zunächst als einzige Supermacht auftraten, bis sich dann ein kompliziertes, multipolares System herauszubilden begann. Dieser Prozess ist bis heute nicht abgeschlossen.¹

Die *alte* Bundesrepublik, wie sie nun bald genannt wurde, war seit Jahrzehnten gut damit gefahren, sich aus den internationalen Verwicklungen weitgehend herauszuhalten oder sich doch nur im Geleit der USA und nie militärisch zu engagieren. Der Kalte Krieg hatte die Welt bipolar geteilt, und die außenpolitische Orientierung beider deutscher Staaten, die am Brennpunkt dieser Konfrontation lagen, war durch diese bipolare Struktur definiert. Durch den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und die deutsche Wiedervereinigung in deren Gefolge veränderte sich diese Ausgangsposition grundlegend. Nun besaß die vergrößerte Bundesrepublik das, was sie so lange begehrt (aber doch nicht wirklich vermisst) hatte: Souveränität. Wie aber sollte sie damit umgehen in einer Welt, in der die alten Machtstrukturen zerfallen und die neuen sich noch nicht herausgebildet hatten? Würde sich die wirtschaftliche Kraft des Landes deutlicher als zuvor in politischen Einfluss verwandeln? War das überhaupt erstrebenswert? Und: Würde sich die wirtschaftliche Stärke angesichts des Zustands der ostdeutschen Wirtschaft überhaupt erhalten lassen? Mit der Entstehung der *neuen* Bundesrepublik wuchsen zudem paradoxerweise sowohl die Befürchtungen der europäischen Nachbarn vor einem Deutschland, das nun stärker und selbstbewusster auftreten würde, als auch ihre Erwartungen an die Deutschen, eben gerade dies zu tun. Auf einen solchen Rollenwechsel war die Bundesrepublik nicht eingerichtet, und sie brauchte – wenn überhaupt – eine längere Zeit, um ihre Position zu finden und einigermaßen adäquat auszufüllen.

Zudem war das Ende des Kalten Krieges nur die eine Seite der neuen Weltordnung. Die andere war weniger spektakulär auf ein Ereignis gerichtet, aber mindestens ebenso wirkmächtig: die Globalisierung, die sich gleichermaßen auf die wirtschaftlichen wie auf die politischen Strukturen auswirkte. In dieser Doppelung aber lag die eigentliche Herausforderung; und sie kam nicht schleichend über uns, sondern krachend innerhalb weniger Monate.

Im Sommer 1990 war der Jubel der Deutschen über den Fall der Mauer und die sich anbahnende Wiedervereinigung, womöglich auch über den Gewinn der Fußballweltmeisterschaft, noch nicht verrauscht, da stürzten die Ereignisse nur so über das Land herein:

- Am 1. Juli 1990 trat die Wirtschafts- und Währungsunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Kraft und ein katastrophaler, so nicht erwarteter Zusammenbruch der Wirtschaft in Ostdeutschland folgte, der sich mit einer seit langem schwelenden Strukturkrise der westdeutschen Wirtschaft in der Globalisierung verband.
- Am 16. Januar 1991 begann der sogenannte Zweite Golfkrieg gegen den Irak, durch den die USA erstmals als einzige Weltmacht agierten und durch den die Frage nach der Rolle der Deutschen in der sich herausbildenden internationalen Neuordnung mit Nachdruck gestellt wurde.
- Am 26. Juni 1991 begann der jugoslawische Bürgerkrieg, der fast zehn Jahre lang dauerte, mehr als hunderttausend Tote forderte und schließlich zum ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr, im Kosovo, führte.
- Am 17. September 1991 erschütterten fremdenfeindliche Ausschreitungen die sächsische Stadt Hoyerswerda, erster Höhepunkt einer Serie von Brandanschlägen und Pogromen gegen Asylbewerber und Ausländer in Deutschland, welche 1992/93 alle anderen Themen in den Hintergrund drängte.
- Am 12. Dezember 1991 wurden die Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht mit der Entscheidung für die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung abgeschlossen.

Wie also hat die Bundesrepublik auf diese Massierung von Herausforderungen in den Jahren nach der Wiedervereinigung reagiert – die Politik, die Gesellschaft, die Wirtschaft? Wie hat sich dieses Land verändert – im Innern wie in Bezug auf seine Stellung in der Welt? Und wie sind diese vergangenen zweieinhalb Jahrzehnte seit 1990 im größeren Zusammenhang der deutschen und der internationalen Geschichte einzuordnen? Ich will mich diesen Fragen nähern, indem ich die eben beschriebenen Ereignisse nacheinander in vier Schritten etwas genauer betrachte.

I.

Die Entscheidung der Bundesregierung im Frühsommer 1990, die Einheit der Wirtschaft und der Währung der beiden deutschen Staaten sofort und noch vor der staatsrechtlichen Vereinigung von DDR und Bundesrepublik durchzuführen, war ein äußerst riskantes Vorhaben, und bei den meisten Ökonomen in der Bundesrepublik stieß es auf scharfe Kritik. Voraussetzung für eine einheitliche Währung in Deutschland, so betonten die Wissenschaftler, sei die Angleichung der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in den beiden Gebieten, insbesondere der Produktivität, die im Osten im Vergleich zu Westdeutschland kaum 25 Prozent erreichte. Auch nur annähernd gleiche Löhne wie in Westdeutschland wären daher nur durch massive, womöglich jahrzehntelange Finanztransfers möglich. Zudem würde die DDR-Wirtschaft durch eine Währungsunion mit einem Schlag der westlichen Konkurrenz ausgesetzt, was innerhalb kürzester Zeit zu ihrem Ruin führen würde.² Eine gemeinsame Währung könne daher erst am Ende eines langen Umwandlungsprozesses stehen, gewissermaßen als *Krönung* dieses Prozesses.

Fast alle hier gemachten Vorhersagen der Fachleute erwiesen sich als zutreffend. Allerdings barg auch die Gegenposition, die eine sofortige Währungsunion ablehnte, erhebliche Risiken. Denn ohne Zweifel würde es viele Jahre, vielleicht Jahrzehnte dauern, bis die ostdeutsche Wirtschaft in etwa das Niveau Westdeutschlands erreicht hätte. Vor allem die leistungsstärkeren Bürger aus dem armen Osten würden dann in den reichen Westen des Landes übersiedeln. Das aber würde zu einem Kollaps des Ostens führen. Und selbst wenn man die Wirtschafts- und Währungsunion in Stufen vollziehen würde, bedürfte die ostdeutsche Wirtschaft in dieser Zeit gewaltiger Finanzhilfen aus dem Westen, die sicher nicht geringer wären als die Transferzahlungen, die bei einer sofortigen Umstellung anfielen. So entschied sich die Bundesregierung für die Einheit von Wirtschaft und Währung bereits zum 1. Juli 1990.

Wie aber wollte sie die zu erwartenden finanziellen Belastungen ausgleichen? Die naheliegende Option, die Kosten über eine Steuererhöhung in Westdeutschland auszugleichen, wurde von der Regierung Kohl-Genscher ausdrücklich verworfen, um die Zustimmung der Westdeutschen zur Wiedervereinigung und den Sieg der Koalition bei den Bundestagswahlen von 1990 nicht zu gefährden. Auch die von vielen erwartete Blut-Schweiß-und-Tränen-Rede des Bundeskanzlers blieb aus. So wurden Erwartungen geweckt, als sei die Wiedervereinigung womöglich ohne größere wirtschaftliche Opfer zu haben.

Keine der optimistischen Vorhersagen der Regierung bewahrheitete sich: Die Privatisierung der ostdeutschen Industrie erbrachte Verluste statt Gewinne, die privaten Investitionen blieben weitgehend aus, und der Vereinigungsboom erwies sich nach zwei Jahren als Strohfeuer. In der ostdeutschen Industrie erreichte die Wertschöp-

fung 1991 nur 40 Prozent von 1989, und das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Ländern stürzte im Jahre 1991 auf knapp 60 Prozent des Werts von 1989 ab.

Die Ursachen für diesen desaströsen Niedergang waren rasch zu erkennen: Die ostdeutsche Wirtschaft, bis 1989 vom Weltmarkt abgeschottet, wurde durch die Währungsunion vom 1. Juli 1990 auf einen Schlag der westlichen Konkurrenz ausgesetzt. Ihre Produkte waren zu teuer, qualitativ unzureichend und technisch veraltet. Und zugleich mussten die ostdeutschen Unternehmen nach der Währungsumstellung Löhne im Verhältnis von 1:1 in D-Mark bezahlen, die Produktivität lag aber bei 1:4; später wurde sogar von 1:5 gesprochen.³

Die Folge waren Betriebsstillegungen und Massenentlassungen in historisch beispiellosem Ausmaß. Bis 1993 sank die Zahl der Erwerbstätigen in den östlichen Bundesländern um ein Drittel von 9,7 auf 6,2 Millionen. Weniger als 30 Prozent aller ostdeutschen Beschäftigten besaßen im Jahre 1993 noch den gleichen Arbeitsplatz wie vor der Wiedervereinigung.

Auch die Erwartungen an die Treuhandanstalt, die die staatlichen Unternehmen der DDR an Privatinvestoren verkaufen sollte, erfüllten sich nicht, im Gegenteil. Nur in den seltensten Fällen ließen sich private Käufer finden, weil die Betriebe marode, die Ausstattung unzureichend und die Belegschaften viel zu groß waren. So musste die Treuhand die Betriebe selbst mit riesigem Aufwand sanieren und kaufwillige Unternehmen mit enormen Subventionen unterstützen. Nur zwei Beispiele: Die Firma Carl Zeiss Jena wurde für das Ziel, etwa 10.000 Arbeitsplätze zu erhalten, mit Zusagen von 3,6 Milliarden DM gestützt. Für die Sicherung eines einzigen Arbeitsplatzes zahlte der Staat im Falle der norddeutschen Werften etwa 600.000, im Falle der Dow Chemical gewaltige fünf Millionen DM.

Wie reagierte die Bundesregierung auf diese fatale Entwicklung? Steuererhöhungen hatte sie ausgeschlossen. Stattdessen wurden zum 1. April 1991 die Beitragsätze der Arbeitslosenversicherung um 50 Prozent erhöht, wodurch die Arbeitskosten weiter anstiegen und der ohnehin schwierige Arbeitsmarkt in Ost-, aber auch in Westdeutschland zusätzlich belastet wurde – ein verhängnisvoller Fehler.⁴

Gab es zur wirtschaftlichen Vereinigungspolitik der Bundesregierung Alternativen? Linke Kritiker warfen der Bundesregierung blindes Vertrauen in den Markt vor. Stattdessen hätte die Bundesregierung die vorhandenen Unternehmen als Staatsbetriebe weiterführen, sanieren und erst danach gegebenenfalls privatisieren sollen.⁵ Allerdings hätten auch verstaatlichte Unternehmen nur überleben können, wenn sie rentabel wirtschafteten – mit Produktivitätsraten von weniger als der Hälfte der weltweiten Konkurrenz war das nicht möglich. Eine dauerhafte Subventionierung solcher Unternehmen durch den Staat aber wäre ein Fass ohne Boden – der Untergang der DDR-Wirtschaft legte davon ein beredtes Zeugnis ab.

Auf der anderen Seite kritisierten Verfechter der reinen Marktwirtschaft, dass der Staat nicht marktfähige Industrieunternehmen mit Milliardenaufwand subventioniert habe, um dadurch nicht zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten, anstatt sich auf die Ansiedlung neuer, zukunftsträchtiger Betriebe zu konzentrieren.⁶ Ein solches Vorgehen hätte jedoch zur Schließung eines Großteils der ostdeutschen Industriebetriebe unmittelbar nach der Währungsumstellung geführt. So diente die Subventionierung von Industriebereichen in Ostdeutschland ähnlich wie vordem in den westdeutschen Industrierevieren vor allem dem Zeitgewinn, um die Übergangsphase bis zur wirtschaftlichen Neustrukturierung solcher Regionen mit Staatshilfe zu überbrücken.

Die wirtschaftspolitischen Fehler beim Vereinigungsprozess waren am Anfang gemacht worden. Der aus politischem Opportunitätsdenken geborene Verzicht auf Steuererhöhungen, überhaupt der Verzicht darauf, die Menschen in Deutschland über die wahre Lage der ostdeutschen Wirtschaft und die Probleme der Vereinigung offen und ungeschönt zu unterrichten, von ihnen Opfer zu verlangen und diese zu begründen, war vermutlich der schwerste, weil dadurch die Staatsschulden massiv aufgebläht und die zusätzlichen Kosten in der Arbeitslosen- und Sozialversicherung versteckt wurden. Auch die Beziehungen zwischen den Menschen in Ost und West wurden dadurch belastet, weil es keine öffentlich diskutierte Übereinkunft über das Ausmaß der auf beiden Seiten zu tragenden Belastungen gab.

Diese *vereinigungsbedingten* Probleme wurden durch die *strukturellen* Probleme multipliziert, die die westdeutsche Wirtschaft seit den 1970er Jahren mit sich trug. Denn seit den 1970er und verstärkt seit den 1980er Jahren schlugen die mit dem Stichwort »Globalisierung« verbundenen weltweiten Entwicklungen voll auf die nach wie vor überwiegend von klassischer Industrie geprägte westdeutsche Nationalwirtschaft durch. Dabei ging es vor allem um fünf Prozesse: 1. die Zunahme der ausländischen Direktinvestitionen; 2. die Expansion des Welthandels (im Volumen zwischen 1980 und 2007 von 2,4 auf 17,0 Billionen Dollar); 3. die Zunahme der transnational agierenden Unternehmen; 4. der Aufstieg der globalen Finanzmärkte mit der Explosion des Aktienhandels; und 5. die Revolution bei Datenverarbeitung und Kommunikation, die mit der Ausbreitung des World Wide Web Mitte der neunziger Jahre völlig neue Dimensionen der kommunikativen Vernetzung der Welt eröffnete.

Die Bundesrepublik hatte jedoch bis Ende der 1980er Jahre keine adäquaten Antworten auf die Globalisierung und die damit verbundenen Prozesse des Strukturwandels gefunden. So fielen bereits seit den siebziger Jahren Millionen von Arbeitsplätzen weg, vor allem in den alten Industrien wie Bergbau, Werften, Eisen und Stahl; die Zahl der Arbeitslosen stieg und sank auch bei Wirtschaftswachstum nicht. 1997 waren dann erstmals mehr als vier Millionen Menschen ohne Erwerbstätigkeit, davon mehr als 1,5 Millionen länger als ein Jahr – hier verstärkten sich

Vereinigungskrise und Strukturkrise wechselseitig. Immer weniger Vollzeitbeschäftigte finanzierten immer mehr Arbeitslose, und immer weniger junge Erwerbstätige sicherten die Altersbezüge von immer mehr Rentnern. Die Auswirkungen von Strukturwandel und Globalisierung waren mit dem überkommenen, aus der Phase der klassischen Industriegesellschaft stammenden Wirtschafts- und Sozialmodell offenbar nicht zu bewältigen.

Im April 1997 markierte Bundespräsident Roman Herzog in einer aufsehenerregenden Rede diese Defizite mit deutlichen Worten: »4,3 Millionen Arbeitslose, die Erosion der Sozialversicherung durch eine auf dem Kopf stehende Alterspyramide, die wirtschaftliche, technische und politische Herausforderung der Globalisierung, [...] der Verlust wirtschaftlicher Dynamik, die Erstarrung der Gesellschaft, eine unglaubliche mentale Depression – das sind die Stichworte der Krise.«⁷

Herzog griff dabei viele Stichworte auf, die bereits seit den späten siebziger Jahren intensiv diskutiert wurden. Seither war der Ruf nach einer Reform der deutschen Wirtschafts- und Sozialverfassung nicht mehr verstummt, die den veränderten Ausgangsbedingungen Rechnung trug: dem Niedergang der klassischen Industrien, der Alterung der Gesellschaft und den Auswirkungen der Globalisierung.

Die Handlungsspielräume der einzelnen Regierungen waren allerdings zunehmend begrenzt, denn die Globalisierung ließ den Einflussbereich der Nationalwirtschaften weit hinter sich. Vielmehr gerieten die nationalen Regierungen (und so auch die Bundesregierung) verstärkt unter Druck, eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu betreiben, welche die Konkurrenzfähigkeit ihrer Nationalwirtschaften auf dem Weltmarkt verbesserte. In der Konsequenz bedeutete dies in nahezu allen Fällen: Rückzug des Staates aus der Wirtschaft, Liberalisierung der Handels- und Steuervorschriften, Flexibilisierung der Löhne, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, Reduktion der Sozialausgaben – wobei dies in fast allen Ländern gegen eine seit Jahrzehnten gefestigte Struktur der öffentlichen Fürsorge, der staatlichen Intervention und der erworbenen sozialen Rechte großer Teile der Bevölkerungen durchgesetzt werden musste.⁸ Die westdeutsche »Wirtschaftsverfassung«, die sogenannte »Deutschland AG« mit ihren ehrwürdigen Industrieunternehmen, der engen Verflechtung von Banken und Industrie und dem ausgeprägten sozialen Absicherungssystem, erschien hier als nahezu anachronistisches Überbleibsel einer vergangenen Epoche. Die Software-Firma Microsoft, die mit knapp 30.000 Mitarbeitern etwa 14,5 Milliarden Dollar Umsatz machte, wurde Ende der 1990er Jahre mit einem Aktienwert von 435 Milliarden Dollar bewertet – mehr als Telekom, DaimlerChrysler, Mannesmann, SAP, Bayer, Metro, Siemens und Hoechst zusammen, die mit 1,3 Millionen Mitarbeitern einen Umsatz von 387 Milliarden erreichten.

.....

Die »Deutschland AG« mit ihren ehrwürdigen Industrieunternehmen, der engen Verflechtung von Banken und Industrie und dem ausgeprägten sozialen Absicherungssystem erschien als anachronistisches Überbleibsel einer vergangenen Epoche.

.....

Für viele galten nun die angelsächsischen Staaten, die solche Hemmungen abgebaut und den Finanz- wie den Arbeitsmarkt weitgehend liberalisiert hatten, als Vorbild. Deren neoliberale oder marktfundamentalistische Wirtschaftspolitik versprach schnellere Erfolge als das behäbigere deutsche System, und angesichts der Millionen von Arbeitslosen schien jedes Mittel recht, sie irgendwie in Arbeit zu bringen. Andererseits waren die Schattenseiten des angelsächsischen Modells schwerlich zu übersehen. Zwei Drittel der in Großbritannien neu geschaffenen Stellen waren Teilzeitjobs. An die Stelle der industriellen Arbeiterklasse war hier das Heer der Billigarbeiter getreten, die vor allem im Dienstleistungsbereich tätig waren: Der Begriff »McJobs« prägte sich dafür ein – Arbeitsplätze ohne Kündigungsfrist, ohne Krankenversicherung, ohne bezahlten Urlaub und mit Löhnen, die nur knapp oberhalb der Armutsgrenze lagen.⁹

Die Grundsatzfrage war daher, ob und wie das deutsche Sozialsystem umgebaut und wie es in Zukunft finanziert werden sollte. Zu einer durchgreifenden Reform der Sozialverfassung war die Regierung Kohl zwischen 1983 und 1996 nicht bereit und ab 1996 wegen der SPD-Mehrheit im Bundesrat auch nicht mehr in der Lage, sodass sich der Eindruck von Stillstand und Konzeptlosigkeit verstärkte. Der »Reformstau« (das »Wort des Jahres« 1997) war durch die Wiedervereinigung nicht entstanden, aber verschärft und vertieft worden. Diese strukturellen Defizite verstärkten sich in den Folgejahren noch und führten in der Zeit von 1994 bis 2005 zu einer tiefgreifenden Krise des deutschen Wirtschafts- und Sozialmodells: Deutschland galt nun als »der kranke Mann am Rhein«. Erst als dem Land und seiner Regierung das Wasser im Jahr 2003 bis zum Hals stand, im übertragenen wie im wörtlichen Sinne, setzte die Regierung Schröder die Agenda 2010 in Gang. Die im Vergleich zu den angelsächsischen Ländern eher moderaten Reformen der Agenda-Politik haben zweifellos zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen des Landes beigetragen, wenngleich die Tatsache, dass die SPD infolge der Agenda die Bundestagswahlen von 2005 deutlich verlor, die Reformbereitschaft der politischen Klasse nicht eben befördert hat.

Zugleich war die Bundesregierung bereits seit Mitte der achtziger Jahre bemüht, die Kapitalmärkte zu liberalisieren, um so mit den angelsächsischen Staaten mithalten zu können. Die Börsenumsatzsteuer wurde abgeschafft, Hedgefonds zugelassen

und die Börsen für den elektronischen Handel geöffnet. Die Folgen der immer weiter reichenden Vernetzung der internationalen Finanzmärkte wurden dann aber auf brutale Weise spürbar: Der New Yorker Börsenkrach von 1987 hatte sich noch wie ein rein amerikanisches Problem angefühlt. Der Zusammenbruch der *New Economy* im Jahr 2000 schon nicht mehr, galt aber als Ausgleich ungesunder »Blasen« und überzogener Erwartungen an die neuen, digitalisierten Unternehmen. Die nach der Insolvenz der US-amerikanischen Firma Lehman Brothers geradezu explodierende Finanzkrise von 2008 übertraf schließlich alles seit 1930 Erlebte und ließ die Welt einige Wochen und Monate in den Abgrund schauen. Die Krise ließ Länder verarmen, Staaten zahlungsunfähig werden und die Zahl der Hungernden auf der Welt um fast 100 Millionen ansteigen. Im Sommer 2009 schätzte der Internationale Währungsfonds die durch die Finanzkrise weltweit entstandenen Verluste auf etwa 12 Billionen Dollar.¹⁰

.....

In der deutschen Reaktion auf die Finanzkrise offenbarten sich zwei bemerkenswerte Überraschungen: Zum einen die Rückkehr des Staates, zum anderen die Krisenfestigkeit der westdeutschen Wirtschaft.

.....

In der deutschen Reaktion auf diese zerstörerische Krise offenbarten sich zwei bemerkenswerte Überraschungen: Zum einen die Rückkehr des Staates, denn es war der Staat, der mit einem gigantischen Bankenrettungsprogramm den Zusammenbruch des Finanzsystems verhinderte, mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft wieder ankurbelte und mit Kurzarbeitergeld den Arbeitsmarkt stabilisierte. Zum anderen erwies sich die westdeutsche Wirtschaft als erstaunlich krisenfest – und zwar gerade wegen ihres starken Industriesektors. Nicht kurzfristige Geldsäbelei, sondern hohe Produktqualität, aber auch Tarifsysteem, Mitbestimmung und soziale Absicherung erwiesen sich nun als erfolgreiche Faktoren der Stabilisierung – ausgerechnet das zuvor für tot erklärte »Modell Deutschland« galt nun als Krisengewinner. Mit etwas Abstand erkennt man allerdings, welche Faktoren neben den Reformen der Agenda den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft vor allem begünstigten: Zum einen verfügte Deutschland über eine in der Krise runderneuerte, stark rationalisierte und modernisierte industrielle Basis und hatte die größten und zerstörerischsten Exzesse des Marktradikalismus vermieden; zweitens war der nach 1990 erweiterte Europäische Binnenmarkt für die deutsche Wirtschaft von besonderem Vorteil, drittens – und wohl vor allem – führte die präzedenzlose Wachstumsphase der chinesischen Wirtschaft zu nahezu unendlichem Bedarf an Stahl, Maschinen, Autos und Chemieprodukten, also ausgerechnet an solchen Produkten, die um das Jahr 2000 als hoffnungslos anachronistisch gegolten hatten. Dieser

Boom hält nach wie vor an. Aber jedem ist klar, dass er über kurz oder lang enden wird. Dann werden sich viele alte Fragen neu stellen.

II.

Während im Sommer 1990 die Aufmerksamkeit der deutschen wie der internationalen Öffentlichkeit auf das Drama des Untergangs der DDR und die Verhandlungen um die deutsche Einheit gerichtet war, wurden zur gleichen Zeit die Weichen für einen zweiten, parallelen Prozess der Vereinigung gestellt. Er wurde zum Teil von den gleichen Akteuren betrieben und war von ähnlicher historischer Bedeutung wie die deutsche Einheit, stieß aber im Publikum auf ungleich geringeres Interesse: die Durchsetzung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Dabei waren der deutsche und der europäische Vereinigungsprozess auf vielfältige Weise aufeinander bezogen und miteinander verknüpft.

Die in den 1980er Jahren zunehmende Dominanz der westdeutschen Wirtschaft in Europa hatte vor allem in Frankreich die Besorgnis vor einer deutschen Hegemonie vergrößert. Staatspräsident Mitterrand machte gar kein Hehl daraus, dass eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion bald erreicht werden müsste, und zwar vor allem auch als entscheidender Schritt zur Einhegung der deutschen Wirtschaftskraft.

Die Bundesregierung hatte bereits im Jahre 1988 ihre prinzipielle Zustimmung zu einer europäischen Gemeinschaftswährung signalisiert. Eine solche sei aber erst dann möglich und sinnvoll, wenn dafür die entsprechenden politischen Voraussetzungen geschaffen würden, insbesondere die Vereinheitlichung der Haushalts- und Fiskalpolitik. Die gemeinsame Währung wäre dann das Ende, die »Kronung« einer solchen Entwicklung. Unübersehbar waren hier die Parallelen zu den Debattenfronten in der gleichzeitig stattfindenden Diskussion um die innerdeutsche Währungsunion. Zum anderen wollte die Bundesregierung Fortschritte bei der europäischen Wirtschafts- und Währungsintegration mit entsprechenden Fortschritten bei der Herstellung der Politischen Union verknüpft sehen, etwa bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik oder der Ausdehnung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments. Hier aber war die französische Regierung ebenso wie die britische sehr zurückhaltend. Das französische Bestreben richtete sich vor allem auf die Integration der deutschen Wirtschaft und die Schaffung einer Gemeinschaftswährung, durch die die europäischen Partner von der starken westdeutschen Wirtschaft und Währung profitierten und eine deutsche Hegemonie in Europa abgewendet würde.

Angesichts der Ereignisse in Ostmitteleuropa im Herbst 1989 begann in Frankreich wie in anderen EG-Ländern das Misstrauen gegenüber der dynamischen Entwick-

lung in den beiden deutschen Staaten noch zu wachsen, insbesondere nachdem Bundeskanzler Kohl im November seine Zehn Punkte ohne Absprache mit den europäischen Partnern verkündet hatte. Diese machten höflich, aber unmissverständlich klar, dass sie die deutsche Einheit nur dann hinnehmen würden, wenn die Deutschen zuvor der Wirtschafts- und Währungsunion zugestimmt hätten.¹¹

Durch die Aufgabe der D-Mark und die Einbindung in den europäischen Währungsverbund sollte die wirtschaftliche Kraft eines wiedervereinigten, stärkeren Deutschlands gewissermaßen europäisch vergemeinschaftet werden. Diese Haltung entsprach der schon seit den Nachkriegsjahren verfolgten Linie der Westmächte: Der Gefahr einer Übermacht Deutschlands wollte man durch die Europäisierung seines Wirtschaftspotentials entgegenwirken. Diese Linie war über die Jahrzehnte hinweg – vom Marshall-Plan 1948 über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und ihrer sukzessiven, wenngleich nicht kontinuierlichen Ausdehnung – sehr erfolgreich gewesen und hatte sowohl die Integration der Bundesrepublik in den Westen befestigt als auch den europäischen Staaten wirtschaftlich genützt. Allerdings waren auf diese Weise auch die Deutschen immer stärker geworden.

So kamen in den Monaten nach dem Dezember 1989 die Vorbereitungen der europäischen Wirtschaftsunion und der europäischen Einheitswährung zügig voran. Die Verhandlungen über eine *Politische* Union stießen hingegen auf viel größere und, wie sich zeigte, letztlich unüberwindbare Probleme. In wirtschaftlicher und währungspolitischer Hinsicht galt der Primat der europäischen Einheit. Im *politischen* Feld hingegen war der Primat der nationalstaatlichen Souveränität weitgehend unangreifbar – und ist es bis heute. Dieser Zwiespalt kennzeichnete in der Folgezeit die widersprüchliche Dynamik der Europäischen Union, und auch die Krise des Euro seit 2008 ist Ausdruck dieses Zwiespalts.

.....

Es ist nicht ausgemacht, ob sich am Ende die Utopie eines politisch vereinten Europas oder das skeptischere Konzept einer Vertragsgemeinschaft selbständiger Nationalstaaten durchsetzen wird.

.....

Europa war seit den späten fünfziger Jahren ohne Zweifel eine Erfolgsgeschichte, und seit den neunziger Jahren ist sie dies in noch stärkerem Maße. Dass sich die Vision eines ungeteilten, wirtschaftlich und politisch eng verflochtenen Kontinents, in dem es nur noch Demokratien gab, noch im 20. Jahrhundert erfüllte, glich in der Tat einem politischen Wunder, insbesondere, wenn man an die Ausgangsvoraussetzungen nach 1945 dachte. Aber dieser Bezug begann bei den Jüngeren zu

verblassen. Anders als in der Generation der Kohls und Mitterrands bot die Erinnerung an Krieg und Vernichtung für sie nicht mehr den bestimmenden Gradmesser zur Beurteilung der neueren Entwicklungen. Die Option der europäischen Einigung musste fortan auch nüchternen Zweck-Mittel-Berechnungen standhalten, und es ist durchaus nicht ausgemacht, ob sich dabei am Ende die Utopie eines politisch vereinten Europas oder das skeptischere Konzept einer Vertragsgemeinschaft selbständiger Nationalstaaten durchsetzen wird, wie es etwa viele Briten favorisieren.

III.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Staatenwelt hatte auch die Migrationsbewegungen verstärkt, die sich in Folge der Globalisierung bereits seit den 1980er Jahren ausgeweitet hatten und Deutschland vor allem auf dem Weg des Politischen Asyls erreichten. Die Zahl der Asylbewerber nahm nach der Öffnung der Grenzen in Osteuropa drastisch zu. Sie lag 1989 in der Bundesrepublik bei 120.000, 1990 bei 190.000. Bis 1992 stieg sie dann auf 438.000, um nach der Änderung des Grundgesetzartikels 16 im Dezember 1992 wieder auf das Ausgangsmaß von etwa 120.000 pro Jahr zurückzufallen. Zwei Drittel der Asylbewerber kamen aus Osteuropa.¹²

Bereits seit 1988 hatten die Unionsparteien darauf bestanden, dass der stark zunehmende Zuwanderungsdruck nach Deutschland abgewehrt werden müsse – und zwar durch die Änderung des Grundgesetzartikels 16 über die Gewährung von Politischem Asyl. Dazu bedurfte es einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag und mithin der Mithilfe der SPD. Bei den Sozialdemokraten war diese Frage jedoch umstritten.

Daraufhin begann die Union im Vorfeld der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen vom Dezember 1990 mit einer Kampagne für eine Veränderung des Grundrechts auf Asyl und zielte dabei vor allem auf die unschlüssige SPD. Im Zentrum stand dabei die Behauptung, bei den Asylbewerbern handle es sich überwiegend um Schwindler und Betrüger, die von den hohen sozialen Leistungen in der Bundesrepublik angelockt würden. Und mit jedem Monat, in dem steigende Zahlen von Asylbewerbern gemeldet wurden, verschärfte sich der Ton weiter. Der Berliner CDU-Fraktionschef Landowsky etwa beschwerte sich in einem Interview über die Ausländer, die »bettelnd, betrügend, ja auch messerstechend durch die Straßen ziehen, festgenommen werden und nur, weil sie das Wort ›Asyl‹ rufen, dem Steuerzahler in einem siebenjährigen Verfahren auf der Tasche liegen.«¹³

.....
Kein anderes Thema bewegte die Deutschen in diesen Jahren so sehr wie die Asylproblematik.
.....

Die Asylkampagne begann sich rasch zu verselbständigen. Kein anderes Thema, so zeigten die Umfragen, bewegte die Deutschen in diesen Jahren so sehr wie die Asylproblematik. Von Juni 1991 bis Juli 1993 war für die Deutschen das Thema »Asyl/Ausländer« das wichtigste Problem vor Vereinigungskrise und Jugoslawienkrieg, mit Spitzenwerten von nahe 80 Prozent im Sommer 1991 und Sommer 1992.¹⁴

Mit Maueröffnung und Wiedervereinigung war der Zuzug von Ausländern und Asylbewerbern, aber auch von deutschstämmigen Aussiedlern, von einem westdeutschen zu einem gesamtdeutschen Problem geworden. In der DDR hatte es nur sehr wenige Ausländer gegeben – Anfang 1989 etwa 190.000 Personen, weniger als ein Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Die größten Gruppen unter ihnen stammten aus den befreundeten sozialistischen Staaten Vietnam und Mosambik und waren als »Vertragsarbeiter« ins Land geholt worden, um die Arbeitskräfteknappheit etwas abzumildern. Von den Einheimischen wurden die Ausländer streng separiert – Kontakte zu ihnen waren für DDR-Bürger meldepflichtig. Und da es außer den vorgeschriebenen Ritualen der sozialistischen Völkerfreundschaft keinen öffentlichen Austausch über die Anwesenheit der Ausländer gab und zudem in der SED ein guter Teil der bolschewistischen Tradition der Fremdenfurcht weiterlebte, konnte es nicht überraschen, dass auch in der ostdeutschen Bevölkerung vor 1989 fremdenfeindliche Stimmungen verbreitet waren. Die aber waren bis dahin weitgehend unterdrückt worden.¹⁵

Nach der Öffnung der Grenzen und der Wiedervereinigung wurden die Menschen in Ostdeutschland jedoch mit einer fremden Welt des Westens konfrontiert, in welcher ihnen die etwa sieben Millionen dort lebenden Ausländer doppelt fremd vorkommen mussten. Zugleich war die erste politische Erfahrung, die die Ostdeutschen im wiedervereinigten Deutschland machten, eine hoch emotionalisierte Asyldebatte, in der Gewalt gegen Ausländer als Gefahr beschrieben, aber auch als Drohung verstanden wurde. Dadurch entstand allmählich ein politisches Klima, in dem in zuge-spitzten Situationen vor allem Jüngere den Eindruck gewinnen konnten, Überfälle auf Ausländer seien legitim und würden womöglich augenzwinkernd geduldet.

Im September 1991 kam es dann zu dem aufsehenerregenden ausländerfeindlichen Exzess im ostdeutschen Hoyerswerda, der zahlreiche weitere ausländerfeindliche Anschläge und Übergriffe nach sich zog. Im August 1992 ereignete sich ein mehrtägiger Pogrom in Rostock-Lichtenhagen, als mehrere hundert Jugendliche unter dem Beifall zahlreicher Anwohner versuchten, ein von der Polizei nur notdürftig gesichertes Wohnheim für Ausländer und Asylbewerber zu stürmen und es schließlich in Brand steckten. Im November 1992 steckten zwei Jugendliche ein von Türken bewohntes Haus im schleswig-holsteinischen Mölln in Brand. Drei Insassen, eine Frau und zwei Mädchen, verbrannten. Von 1990 bis 1993 wurden insgesamt mindestens 49 Menschen von Rechtsextremisten ermordet – nahezu ausschließlich Ausländer.¹⁶

Unter dem Druck dieser Ereignisse und der weiter eskalierenden Kampagne stimmten die Sozialdemokraten schließlich der Änderung des Asylartikels zu, wodurch Deutschland gegenüber Zuwanderung auf dem Asylweg praktisch abgeriegelt und die Verantwortung für die Asylbewerber auf die Staaten an den Außengrenzen der Europäischen Union übertragen wurde. Das Problem schien damit gelöst – ein Trugschluss, wie man heute weiß.

Die Globalisierung zog vor allem bei den verstärkten Migrationsbewegungen heftige nationalistische Reaktionen in Teilen der Bevölkerung nach sich, deren Dynamik in Krisenzeiten offenbar kaum steuerbar ist.

Hier zeigte sich die neue Weltordnung von einer ganz anderen Seite. Die Unterschiede zwischen dem reichen Nordwesten der Welt und dem armen Süden und Osten schlugen sich aufgrund der politischen Entwicklungen, aber auch der Durchsetzung globaler Kommunikationsnetze in massenhaften Migrationsbewegungen nieder, und rasch wurde klar, welche enorme innenpolitische Sprengkraft diese Frage in sich barg: auf der einen Seite sozial deprivierte Flüchtlinge, die enorme Risiken eingingen, um Aussichten auf eine bessere Zukunft in den reichen Ländern des Westens zu gewinnen. Auf der anderen Seite die einheimische Bevölkerung in Deutschland und den anderen Ländern der Europäischen Union, die sich durch die zuwandernden Armen insbesondere in ihrer sozialen Absicherung bedroht fühlte, weil es eben die ärmeren Schichten der Einheimischen waren, mit denen die Ausländer um die vorhandenen Ressourcen bei Sozialhilfe, Wohnraum und nicht zuletzt um öffentliche Aufmerksamkeit konkurrierten. Zugleich dynamisierte und radikalisierte die Asylkampagne die in Teilen der Gesellschaft ohnehin vorhandenen Befürchtungen vor kultureller Überfremdung und verschaffte den im Zuge der deutschen Wiedervereinigung in Ostdeutschland entstandenen Abstiegsängsten ein sichtbares Objekt der Kompensation, weil die Asylbewerber ein dreifaches Stigma trugen, das ihnen keine Handlungsoptionen ließ: arm, fremd und ohne gesicherten Rechtsstatus. Die Globalisierung, das zeigte sich hier ebenso wie in Frankreich, Italien, den Niederlanden oder den skandinavischen Ländern, zog nicht nur bei den verstärkten Migrationsbewegungen, aber eben vor allem hier heftige nationalistische Reaktionen in Teilen der Bevölkerung nach sich, deren Dynamik in Krisenzeiten offenbar kaum steuerbar ist.

IV.

Als im August 1990 etwa 100.000 irakische Soldaten in Kuwait einfielen und das Land besetzten, lehnte die Bundesregierung eine Teilnahme an der US-geführten Koalition ab, die den Irak militärisch aus Kuwait vertreiben sollte. Denn erstens beinhaltete das Grundgesetz nach gängiger Interpretation ein Verbot des Einsatzes von Bundeswehrtruppen außerhalb des NATO-Gebiets – »out of area«, wie man das nun nannte. Zweitens begannen die Kriegsvorbereitungen im Sommer 1990, also genau in den Wochen der deutschen Wiedervereinigung, als das Land mit sich selbst beschäftigt war wie kaum jemals zuvor. Drittens befanden sich, als der Krieg begann, noch mehr als 300.000 Soldaten der Roten Armee auf deutschem Territorium, was die politische Handlungsfreiheit der Bundesregierung nicht unerheblich einschränkte. Und viertens wurde in keinem anderen Land so andauernd und massiv gegen den Krieg am Golf protestiert wie in Deutschland, was den Spielraum der Regierung weiter einengte.

Diese Zurückhaltung stieß bei den Westmächten auf zum Teil scharfe Kritik. Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger etwa betonte die Enttäuschung der USA darüber, dass Deutschland, dessen Wiedervereinigung man nachhaltig unterstützt und das man über Jahrzehnte gegen die Gefahr aus dem Osten geschützt habe, nun gegen das US-Engagement im Nahen Osten demonstriere.

Das Ausmaß der Demonstrationen und Protestaktionen der Friedensbewegung gegen den Krieg am Golf hatte allerdings auch die deutsche Politik überrascht. Hier stand ein radikaler Pazifismus im Vordergrund, verbunden mit einem deutlichen antiamerikanischen Akzent, der sich in Parolen wie »Kein Blut für Öl!« und »Amis raus aus Saudi-Arabien!« offenbarte, während der irakische Überfall auf Kuwait weitgehend ignoriert wurde. Hinzu kamen die in den 80er Jahren in der Bundesrepublik besonders verbreiteten Ängste vor einer weltweiten Umweltkatastrophe und auch die fortgesetzten Debatten um die nationalsozialistischen Massenverbrechen. Der hier zum Ausdruck kommende Wunsch, »nie mehr Täter sein« zu wollen, war einer der Antriebe, der die Anti-Kriegs-Proteste in Deutschland von denen in anderen Ländern unterschied.¹⁷

Allerdings gab es hier auch Gegenstimmen. Der Kriegseinsatz im Irak war von der UNO und dem Sicherheitsrat legitimiert worden, und angesichts von zwanzig an der Aktion teilnehmenden Ländern konnte von einem amerikanischen Alleingang auch keine Rede sein. Daraufhin kam es unter deutschen Intellektuellen zu einer aufschlussreichen Debatte zwischen »Bellizisten« und Friedensbewegung. Mit einem Mal stand auch auf der Linken die Frage nach dem gerechten Krieg wieder auf der Tagesordnung, und die Legitimität der deutschen Sonderrolle in außenpolitischen, zumal in militärischen Fragen geriet in Zweifel.

Diese Frage wurde in den folgenden Jahren zu einem wichtigen Thema. Die neuen Rollenerwartungen an die Bundesrepublik gaben einerseits Gelegenheit, die historische Bürde der NS-Geschichte abzuwerfen und an militärischen Einsätzen der UNO auch mit eigenen Truppen teilzunehmen. Andererseits erhoben sich gerade dagegen die heftigsten Proteste. Auch war eine gemeinsame außenpolitische Linie der Europäischen Gemeinschaft, die die Bundesregierung aus diesem Dilemma befreit hätte, nicht zu erkennen.

Der Zerfall des sowjetischen Blocks zog in Europa überall dort schwierige und zum Teil gewaltsam ausgetragene Konflikte nach sich, wo nationale Gegensätze in den Jahrzehnten der kommunistischen Herrschaft nicht gelöst, sondern unterdrückt worden waren, insbesondere an der Peripherie des sowjetischen Machtgebiets. Dass aber in Jugoslawien nun die blutigsten Konflikte in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg ausgetragen wurden, die mehr als 100.000 Menschen das Leben kosteten, kam für die meisten Europäer völlig unerwartet.

.....
Wer geglaubt hatte, Deutschland sei nach der Wiedervereinigung eine »normale Nation«, sah sich getäuscht.
.....

Der jugoslawische Bürgerkrieg, zu dessen Symbol das Massaker von Srebrenica wurde, war ein Tiefpunkt in der europäischen Geschichte nach 1945, und er veränderte auch die politischen Debatten in Europa und in Deutschland. Für jedermann erkennbar hatten es die europäischen Staaten nicht vermocht, bei diesem Konflikt vor der eigenen Haustür eine gemeinsame Position zu entwickeln und diese auch durchzusetzen. Die USA, nicht die Europäer hatten den Bürgerkrieg beendet. Was Deutschland betraf, so war es zwar mit seiner Anerkennung Kroatiens und Sloweniens vorgeprescht, zeigte sich dann aber nicht in der Lage, diese Staaten ebenso wie dann Bosnien-Herzegowina auch zu schützen, schon gar nicht mit militärischen Mitteln. Zudem hatte der Jugoslawien-Konflikt noch einmal mit Nachdruck verdeutlicht, mit welchen Vorbehalten die europäischen Staaten dem vereinten Deutschland gegenüberstanden. Wer geglaubt hatte, Deutschland sei jetzt nach der Wiedervereinigung eine »normale Nation«, sah sich getäuscht.

Aber welche Konsequenzen waren daraus zu ziehen? Ohne Zweifel zielte die deutsche Außenpolitik *nicht* darauf, durch militärische Einsätze im Ausland den eigenen Einfluss zu vergrößern. Allerdings hatte das Bundesverfassungsgericht im Juli 1994 die Entsendung deutscher Truppen zu von der UNO mandatierten Einsätzen außerhalb des NATO-Gebiets gebilligt. Bereits nach dem Irak-Krieg und der verbreiteten Kritik an der deutschen Zurückhaltung hatte die Bundesregierung erste Versuche halb-militärischer Hilfeleistungen im Ausland unternommen – in Kambodscha,

Somalia sowie bei der Überwachung des Luftraums über Bosnien. Das aber waren nur symbolische und eher experimentell angelegte Beiträge, um die Bereitschaft Deutschlands zu dokumentieren, den Verbündeten beizustehen. Im Bundestag erreichte die Regierung für solche Auslandseinsätze die Unterstützung der Mehrheit – nicht aber in der Bevölkerung. Ein Mandat für eine neue, »kraftvolle« Außenpolitik ergab sich daraus nicht.

So begann auch der Kriegseinsatz gegen Serbien im Kontext der Kosovokrise Anfang 1999 – der erste, an dem sich Deutschland mit eigenen Truppen beteiligte – unter denkbar schlechten Voraussetzungen. Der Einsatz war erstens nicht von der UNO mandatiert worden, er richtete sich zweitens gegen einen ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands aus dem Zweiten Weltkrieg. Drittens traf er die gerade neu ins Amt kommende rot-grüne Regierung unerwartet und unvorbereitet. Und viertens hatte Serbien Deutschland nicht angegriffen. Die Begründungen für den Einsatz von Seiten des Außenministers (»Auschwitz«) und des Verteidigungsministers (»Hufeisenplan«), die suggerierten, der Einsatz diene der Verhinderung eines geplanten Genozids an den Kosovaren, waren äußerst problematisch und erwiesen sich im Rückblick als nicht stichhaltig. Hier ging es vor allem um Bündnistreue, obwohl die Voraussetzungen dafür gar nicht vorlagen, und um das Bestreben der deutschen Politiker und Militärs, nicht erneut am Katzentisch der Weltpolitik zu sitzen und von der britischen Presse als »german cowards« verspottet zu werden.

In der Konsequenz allerdings kehrte Deutschland nach dem Kosovo-Einsatz zu der zurückhaltenden und eher verhandlungsorientierten Außenpolitik zurück. Zwar nahm Deutschland am Einsatz in Afghanistan teil, aber doch eher mit einer vorwiegend humanitären Begründung und vermeintlich weit außerhalb von Kampfhandlungen. Den Krieg des jüngeren Bush gegen den Irak lehnte die deutsche Regierung ab, ebenso wie zehn Jahre später einen Militäreinsatz in Libyen – zu Recht, wie sich zeigte, denn die Kritik des deutschen Außenministers Westerwelle, man wisse gar nicht, für und gegen wen man dort kämpfte, wurde rundum bestätigt. Deutschlands Rolle als große Mittelmacht kam am deutlichsten im Engagement bei prekären Verhandlungen zum Tragen, etwa bei dem Bemühen der Osterweiterung von EU und NATO oder auch jüngst im Ukraine-Konflikt, wo Deutschlands wirtschaftliche Stärke und seine militärische Zurückhaltung positive Voraussetzungen boten.

Deutschland ist das größte und wirtschaftlich stärkste Mitglied der Europäischen Union. Hier spiegelt sich eine historisch vielfach erlebte Problematik der Deutschen: als gleichberechtigter europäischer Partner zu groß, als selbstständige Großmacht zu klein. Die Einbindung und Zügelung der Deutschen durch die europäischen Strukturen und Institutionen sind ein Versuch, diese Problematik zu lösen, und sie liegen auch und vor allem im deutschen Interesse. So liegt die wichtigste Perspektive der deutschen Außenpolitik auch darin, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu einer koordinierten oder gar gemeinsamen Außen- und Sicher-

heitspolitik zu gelangen. Dabei ist allerdings unübersehbar, dass bei schwerwiegenderen Konflikten von einer gemeinsamen Außenpolitik der EU nicht gesprochen werden konnte; und die gegenwärtige Kontroverse um die Flüchtlingsfrage bestätigt das in bemerkenswerter Weise. Wenn es aber keine gemeinsame Politik der EU-Staaten in den großen Fragen der Weltpolitik gibt, was eher anzunehmen ist als das Gegenteil, wird die deutsche Rolle in der neuen Weltordnung schwieriger. Auf der anderen Seite: Die Geschichte der europäischen Einigung seit 1948 oder 1957 ist eine Geschichte der Irrungen, Wirrungen und permanenten Rückschläge. Umso erstaunlicher ist, wie enorm viel dennoch zustande gebracht worden ist. Und obwohl die Aussichten derzeit eher trübe sind, können wir wenigstens hoffen, dass das so bleibt.

V.

Versucht man am Ende ein Fazit der hier vorgetragenen Entwicklungen in den Jahren nach der Wiedervereinigung, so wird man fünf Punkte festhalten können.

Erstens: Die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands nach der Wiedervereinigung hatten ein ungeahntes und historisch beispielloses Ausmaß angenommen. Gleichwohl gelang es in den 25 Jahren nach 1990, die Lebensbedingungen in Ost und West einander deutlich anzunähern, wenn auch nicht zu egalisieren. Dabei war die Vereinigungskrise früh in eine überwiegend strukturelle, durch die Globalisierung dynamisierte Krise gemündet, die sich lange angebahnt hatte, aber durch die Wiedervereinigung verzögert worden war und dem Land im Westen wie im Osten tiefgreifende wirtschaftliche und sozialpolitische Veränderungen abverlangte. Diese Krise wirkte sich langfristig aber insofern positiv aus, als der damit verbundene massive Rationalisierungsschub in Ost und West die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft stärkte.

Zweitens: Die Anpassung der deutschen Sozial- und Gesellschaftspolitik an den Niedergang der klassischen Industriegesellschaft und die Bedingungen der Globalisierung ist erst mit erheblicher, mehr als zehnjähriger Verspätung vollzogen worden. Dadurch wurde aber zugleich vermieden, das Land marktradikal umzubauen, was die ohnehin verschärfte soziale Ungleichheit noch weiter ausgedehnt und die wirtschaftlichen Risiken, wie sie sich nach 2008 zeigten, erheblich erhöht hätte. Der enorme Aufschwung der deutschen Wirtschaft seit 2005 ist allerdings in erster Linie durch externe Faktoren hervorgerufen worden: durch den gemeinsamen europäischen Markt (in dem jedoch die gewaltigen Exportgewinne Deutschlands mit entsprechenden Defiziten der meisten anderen EU-Länder korrelieren) sowie vor allem durch die Wirtschaftsexplosion in Asien, deren absehbarem Ende allerdings mit einigem Bangen entgegengesehen werden kann.

Drittens: Die Einwanderungswelle der frühen 90er Jahre war weniger eine Fortsetzung früherer Formen der Arbeitsmigration als ein Vorzeichen kommender Massenfluchten im Kontext der wirtschaftlichen Nord-Süd-Differenzen und der damit einhergehenden politischen Destabilisierung der einstigen Kolonialregionen. Sie hat seit 2012 ihre verschärfte Fortsetzung gefunden und wird sich in den nächsten Jahren vermutlich weiter zu einer starken politischen Belastung der Gesellschaften des Westens, vor allem Westeuropas und hier vor allem Deutschlands ausdehnen. Massenmigrationen, das zeigen alle historischen Erfahrungen, bringen immer erhebliche soziale, wirtschaftliche und kulturelle Probleme mit sich, die nicht durch einen Willensakt allein auszugleichen sind. Gleichwohl: Trotz der in diesem Kontext aufgekommenen rechtsradikalen Eruptionen erweist sich die demokratische und liberale Grundausrichtung Deutschlands als bemerkenswert gefestigt, auch im europäischen Vergleich.

Viertens: Die Rolle Deutschlands im internationalen Kontext ist v.a. durch Widersprüche gekennzeichnet. Einerseits gibt es ein (etwa in der Griechenland-Krise 2015) erneut unübersehbares Misstrauen gegenüber Deutschland und seiner dominanten wirtschaftlichen Rolle, nachdem die Einführung des Euro die deutsche wirtschaftliche Vormachtstellung nicht hatte einengen können, sondern vielmehr noch bestärkte. Andererseits verlangen die europäischen Partner von Deutschland Führung und internationales Engagement. Mit der Politik der außenpolitischen Zurückhaltung ist das vereinte Deutschland jedoch insgesamt besser gefahren als mit den Fällen des Interventionismus; die deutsche Stellung in der Welt hat sich nach dem Engagement in Afghanistan nicht verbessert und nach der Verweigerung des Engagements im Irak und in Libyen nicht verschlechtert. Und insgesamt wird man im Rückblick wohl sagen müssen, dass noch jeder »Krieg gegen den Terror« seit dem Irakkrieg von 2001 den Terror nicht vermindert, sondern verstärkt hat.

Fünftens: Die deutsche Außenpolitik hat sich in besonders starkem Maße auf eine Politik des immer engeren Zusammenwachsens in Europa konzentriert, politisch als treibende, wirtschaftlich eher als getriebene Kraft. In dem Maße, wie sich die erhoffte Vereinheitlichung europäischer Außenpolitik nicht einstellen will und die wirtschaftlichen Probleme Europas und der Eurozone sich weiter vergrößern, wird es zu einer Verlangsamung der europäischen Integration und womöglich sogar zu einem begrenzten Rückbau kommen. Es zeigt sich, dass die rasche Ausdehnung der Europäischen Union vor allem der historischen Sondersituation der 90er Jahre geschuldet war, als es darauf ankam, Demokratisierung und Europäisierung der postsowjetischen Länder so schnell wie möglich zu forcieren. Hier kommt es nun zu Ausgleichsbewegungen.

.....
Die für die Zukunft zu erwartenden Gefährdungen ergeben sich überwiegend nicht aus den inneren Spannungen und Widersprüchen dieses Landes, wie das in den hinter uns liegenden einhundert Jahren der Fall war.
.....

Aber trotz Ukraine-Krise, Euro-Krise, Griechenland-Krise, Flüchtlingskrise und Terroranschlägen: Das Lebensgefühl der meisten Deutschen im zweiten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts ist überwiegend positiv gestimmt. Die Erfahrungen seit 1945 und auch nach 1990 haben Anlass zu einem solchen positiven Zukunftsbild gegeben. Denn wer hätte nach den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine solche Entwicklung voraussagen können? Dass es nach 1949 und nun noch einmal nach 1990 gelungen ist, stabile demokratische Institutionen zu schaffen, den Kapitalismus zu einer sozialen Marktwirtschaft umzuformen, den Ausgleich mit den Ländern des Ostens zu erreichen, Lebensweisen und Umgangsformen zu liberalisieren und die Kultur der Moderne anzunehmen, gehört zu jenen Erfahrungen, die in der Bevölkerung eine optimistische Zukunftserwartung begründet und ein Selbstbewusstsein geschaffen haben, das sich nicht allein auf die wirtschaftlichen Erfolge, sondern auch und vor allem auf die liberale, demokratische Verfasstheit des Gemeinwesens bezieht. Dass der gegenwärtige deutsche Wirtschaftsboom auf Dauer anhält, ist nach historischer Erfahrung hingegen auszuschließen. Und bei allem Optimismus wird man wohl daran erinnern dürfen, dass noch im Jahre 2003 Deutschland als dem »kranken Mann am Rhein« wenig rosige Zukunftschancen bescheinigt wurden. Aber dennoch: Die für die Zukunft zweifellos zu erwartenden Gefährdungen ergeben sich überwiegend nicht aus den inneren Spannungen und Widersprüchen dieses Landes, wie das in den hinter uns liegenden einhundert Jahren der Fall war. Auch nicht, wie man zu Beginn der neunziger Jahre vielleicht noch erwartet hätte, aus den Nachwirkungen des Zusammenbruchs der DDR. Die größten Herausforderungen erwachsen eher aus den internationalen Konstellationen, aus der neuen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung, in die Deutschland eingebunden ist:

- aus den weiterwirkenden Dynamiken des Nord-Süd-Konflikts, deren Ausmaße nicht absehbar sind und sowohl im Islamismus wie in der Flüchtlingskrise der Gegenwart ihren aktuellen Ausdruck finden;
- aus den Gefahren des enthemmten Finanzkapitalismus, der nach dem Verschleiß der Alternativen selbstzerstörende Elemente offenbart;
- aus der unklaren und zunehmend aggressiven Suchbewegung des russischen Nachbarn nach einer postsowjetischen Identität;
- aus den Widersprüchen eines wirtschaftlich ungleichgewichtigen und politisch heterogenen Europas mit einer problematischen Dominanz Deutschlands;

- und aus der überall aufkommenden Renaissance des Nationalismus, die man in historischer Perspektive wohl als Reaktion auf Globalisierung, Liberalisierung und beschleunigte Modernisierung verstehen muss, die aber das Potential hat, die über Jahrzehnte hinweg mühsam erreichten Fortschritte im Bereich von Politik und Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur wieder zum Einsturz zu bringen.

Gleichwohl – wer angesichts der vergangenen 100 Jahre bilanziert, das Ausmaß von Glück und Unglück sei zu allen Zeiten gleich, verkennt sowohl die Entwicklung nach 1945 und nach 1990 jedenfalls in Deutschland als auch die Erfahrungen der Menschen, die in diesem Lande lebten und leben. Das kann, wer will, auch Fortschritt nennen. Aber es ist auch nicht auszuschließen, dass am Ende die mit diesem Fortschritt einhergehenden Gefahren nicht geringer sind als die überwundenen.

Anmerkungen

- 1 Die »Charta von Paris für ein neues Europa« war das Schlussdokument der KSZE-Konferenz in Paris und wurde am 21. November 1990 von 32 europäischen Ländern sowie Kanada und den USA unterzeichnet; s. WOLFGANG KUBICZEK: Das Pariser Treffen der KSZE – Beginn einer neuen Ära, in: MICHAEL STAACK (Hg.): Aufbruch nach Gesamteuropa. Die KSZE nach der Wende im Osten, Münster/Hamburg 1992, S. 335–366.
- 2 Schreiben des Vorsitzenden des Sachverständigenrats, Schneider, an Kohl, 9. 2. 1990, in: HANNS JÜRGEN KÜSTERS (Hg.): Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, Nr. 167, S. 778–781; DIETER GROSSER: Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Politische Zwänge im Konflikt mit ökonomischen Regeln, Stuttgart 1998, S. 149–226.
- 3 D. GROSSER, Wagnis (wie Anm. 2), S. 464; ECKART CONZE: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 791.
- 4 HANS F. ZACHER: Grundlagen der Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945 (GSD), hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bd. 1: Grundlagen der Sozialpolitik, Baden-Baden 2001, S. 333–684, hier S. 593.
- 5 Vgl. etwa JAN PRIEWE/RUDOLF HICKEL: Der Preis der Einheit. Bilanz und Perspektiven der deutschen Vereinigung, Frankfurt am Main 1991.
- 6 Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Wiesbaden 1991–1994.
- 7 Bundespräsident Roman Herzog: »Aufbruch ins 21. Jahrhundert«, Berlin, 26. 4. 1997: http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Roman-Herzog/Reden/1997/04/19970426_Rede.html.
- 8 Vgl. CHRISTOPH BUTTERWEGGE (Hg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden 2008; zum wirtschaftlichen Zeitgeist dieser Jahre s. MANFRED G. SCHMIDT: Rahmenbedingungen, in: GSD, Bd. 7: Bundesrepublik 1982–1989. Finanzielle Konsolidierung und institutionelle Reform, Baden-Baden 2005, S. 1–60, hier S. 58–60.
- 9 FRANZ-JOSEF BRÜGGEMEIER: Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert, München 2010, S. 309–346; PAUL PIERSON: Dismantling the Welfare State? Reagan, Thatcher, and the Politics of Retrenchment, Cambridge 1996.
- 10 ANDREAS WIRSCHING: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012, S. 392–409; HANS-WERNER SINN: Kasino-Kapitalismus. Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist, Berlin 2010.
- 11 Dagegen Wilfried Loth, der argumentiert, dass ein solches Junktim nicht bestanden habe: WILFRIED LOTH: Helmut Kohl und die Währungsunion, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 61 (2013), S. 455–480.
- 12 ULRICH HERBERT: Geschichte der Ausländerpolitik. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001, S. 286–334; DERS./KARIN HUNN: Beschäftigung, soziale Sicherung und soziale Integration von Ausländern, in: GSD, Bd. 11: Bundesrepublik 1989–1994. Sozialpolitik im Zeichen der Vereinigung, Baden-Baden 2007, S. 943–975.

- 13 Zit. n. HERIBERT PRANTL: »Asylpolitik zwischen Hysterie und Hilflosigkeit«, in: Süddeutsche Zeitung, 3. 8. 1991.
- 14 DIETER ROTH: Was bewegt die Wähler?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 11/1994, S. 3–13.
- 15 Vgl. ANDREAS MÜGGENBURG: Die ausländischen Vertragsarbeitnehmer. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer, Berlin 1997.
- 16 ANDREA RÖPKE/ANDREAS SPEIT: Blut und Ehre. Rostock, Mölln, Solingen, Frankfurt am Main 1993.
- 17 »Massendemonstrationen in ganz Deutschland. Größte Friedensaufmärsche seit dem Nachrüstungsjahr 1983«, in: Neue Zürcher Zeitung, 15. 1. 1991; zur Friedensbewegung s. LOTHAR BAIER u.a.: »Ich will reden von der Angst meines Herzens«. Autorinnen und Autoren zum Golfkrieg, Frankfurt am Main 1991; HANS-PETER JOURDAN (Red.): Gegen den Krieg. Eine Dokumentation der Schülerinnenproteste gegen den Golfkrieg, Herborn 1991.

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus

Die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, eine überparteiliche Stiftung des öffentlichen Rechts, betreibt zeitgeschichtliche Forschung und politische Bildung. Einen Schwerpunkt bildet dabei das Leben und Werk des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, Theodor Heuss (1884 – 1963). Seit Beginn des 20. Jahrhunderts engagierte sich Heuss im politischen Leben – als Journalist und Hochschuldozent, als liberaler Politiker und Parlamentarier, als Redner und Biograph. In einem Zeitalter, das bestimmt wurde von zwei Weltkriegen, von autoritären und totalitären Regimes und von der Konfrontation der Ideologien, stand Heuss für eine rechtsstaatliche und demokratische Tradition in Deutschland. Ihm fiel als erstem Staatsoberhaupt nach der nationalsozialistischen Diktatur die schwierige Aufgabe zu, das demokratische Deutschland nach innen und außen zu festigen und glaubwürdig zu repräsentieren.

Im ehemaligen Stuttgarter Wohnhaus von Heuss betreibt die Stiftung eine Erinnerungsstätte, die in drei rekonstruierten Wohnräumen und einer ständigen Ausstellung das Lebenswerk von Heuss in seinen vielfältigen historischen Bezügen vor Augen führt. Forscherinnen und Forschern stehen der umfangreiche Nachlass von Theodor Heuss, einer der größten Politikernachlässe der Bundesrepublik, und eine wissenschaftliche Fachbibliothek zur Verfügung. Aus den rund 60.000 Briefen, die von Heuss überliefert sind, hat die Stiftung die »Stuttgarter Ausgabe«, eine wissenschaftliche Auswahledition in acht Bänden, erarbeitet.

In ihrer Forschungs- und Bildungsarbeit fragt die Stiftung nach den historischen Grundlagen und Traditionen der Demokratie in Deutschland. Sie knüpft dabei an aktuelle Problemlagen an und bietet dazu ein breites Spektrum von Veranstaltungen in Form von Kolloquien, Workshops, Podien, Vorträgen und Lesungen. Hierzu sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

www.stiftung-heuss-haus.de
www.facebook.de/heusshaus

Neuerscheinung in der Wissenschaftlichen Reihe

Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)

Liberalismus im 20. Jahrhundert

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Wissenschaftliche Reihe, Band 12

Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2015 | EUR 39,-



Im 20. Jahrhundert, dem Zeitalter ideologischer Extreme, stand der Liberalismus mehrfach vor der Herausforderung, seine Grundprinzipien an veränderte politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen. Der Kampf um die Geltung liberaler Prinzipien bewegte sich vielfach in einer paradox anmutenden Parallelität zum Bedeutungs- und Funktionsverlust des organisierten Liberalismus in Parteien und Parlamenten. Doch wie reagierten die Liberalen in den Gesellschaften Europas und Nordamerikas auf die ideologischen, ökonomischen und sozialen Krisenmomente des Jahrhunderts? Die verschiedenen nationalen Variationen verbieten es, ungeprüft von »dem Liberalismus« zu sprechen. Vielmehr gilt es, die länderübergreifenden Gemeinsamkeiten liberaler Konzepte und Bewegungen herauszuarbeiten, bevor die Eigenheiten des liberalen Weltbilds beschrieben werden können. Die Beiträge internationaler Forscher in diesem Band diskutieren das Problem aus der einzelstaatlichen und transnationalen Perspektive. Sie bestimmen den historischen Ort des Liberalismus im wechselvollen 20. Jahrhundert genauer, indem Kongruenzen und Divergenzen einer prägenden Leitidee der Moderne aufgedeckt werden.

Publikationen in der Wissenschaftlichen Reihe

- 1 Thomas Hertfelder / Jürgen C. Hess (Hg.)
Streiten um das Staatsfragment: Theodor Heuss und Thomas Dehler
berichten von der Entstehung des Grundgesetzes
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 1
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 2 Eberhard Jäckel / Horst Möller / Hermann Rudolph (Hg.)
Von Heuss bis Herzog: Die Bundespräsidenten im politischen System
der Bundesrepublik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 2
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1999
- 3 Gangolf Hübinger / Thomas Hertfelder (Hg.)
Kritik und Mandat. Intellektuelle in der Deutschen Politik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 3
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2000
- 4 Ulrich Baumgärtner
Reden nach Hitler. Theodor Heuss – Die Auseinandersetzung mit dem
Nationalsozialismus
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 4
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2001
- 5 Ernst Wolfgang Becker / Thomas Rösslein (Hg.)
Politischer Irrtum im Zeugenstand. Die Protokolle des Untersuchungs-
ausschusses des württemberg-badischen Landtags aus dem Jahre 1947 zur
Zustimmung zum »Ermächtigungsgesetz« vom 23. März 1933
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 5
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003

- 6 Hans Vorländer (Hg.)
Zur Ästhetik der Demokratie. Formen der politischen Selbstdarstellung
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 6
Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 2003

- 7 Wolfgang Hardtwig / Erhard Schütz (Hg.)
Geschichte für Leser. Populäre Geschichtsschreibung in Deutschland im
20. Jahrhundert
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 7
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2005

- 8 Frieder Günther
Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik
durch den ersten Bundespräsidenten
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 8
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2006

- 9 Andreas Wirsching / Jürgen Eder (Hg.)
Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik.
Politik, Literatur, Wissenschaft
Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 9
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2008

- 10 Angelika Schaser / Stefanie Schüler-Springorum (Hg.)
Liberalismus und Emanzipation.
In- und Exklusionsprozesse im Kaiserreich und in der Weimarer Republik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 10
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2010

- 11 Werner Plumpe / Joachim Scholtyssek (Hg.)
Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft.
Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 11
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2012

- 12 Anselm Doering-Manteuffel / Jörn Leonhard (Hg.)
Liberalismus im 20. Jahrhundert
Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Wissenschaftliche Reihe,
Band 12
Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2015

Edition »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe«

Unter dem Titel »Theodor Heuss. Stuttgarter Ausgabe« gibt die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus eine Edition der Briefe, Schriften, Reden und Gespräche von Theodor Heuss heraus.

Aus der Reihe der Briefe sind folgende Bände erschienen:

Theodor Heuss: Aufbruch im Kaiserreich, Briefe 1892 – 1917
Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
München: K. G. Saur 2009

Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik, Briefe 1918 – 1933
Herausgegeben und bearbeitet von Michael Dormann
München: K. G. Saur 2008

Theodor Heuss: In der Defensive, Briefe 1933 – 1945
Herausgegeben und bearbeitet von Elke Seefried
München: K. G. Saur 2009

Theodor Heuss: Erzieher zur Demokratie, Briefe 1945 – 1949
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker
München: K. G. Saur 2007

Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident!
Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949 – 1959
Herausgegeben und bearbeitet von Wolfram Werner
Berlin/New York: De Gruyter 2010

Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1949 – 1954
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/New York: De Gruyter 2012

Theodor Heuss: Der Bundespräsident, Briefe 1954 – 1959
Herausgegeben und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker, Martin Vogt
und Wolfram Werner
Berlin/Boston: De Gruyter 2013

Theodor Heuss: Privatier und Elder Statesman, Briefe 1959 – 1963
Herausgegeben und bearbeitet von Frieder Günther
Berlin/Boston: De Gruyter 2014

Publikationen in der Kleinen Reihe

- 1 Timothy Garton Ash
Wohin treibt die europäische Geschichte?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1997
Stuttgart 1998
- 2 Thomas Hertfelder
Machen Männer noch Geschichte?
Das Stuttgarter Theodor-Heuss-Haus im Kontext der deutschen
Gedenkstättenlandschaft Stuttgart 1998
- 3 Richard von Weizsäcker
Das parlamentarische System auf dem Prüfstand
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1998
Stuttgart 1999
- 4 Parlamentarische Poesie
Theodor Heuss: Das ABC des Parlamentarischen Rates
Carlo Schmid: Parlamentarische Elegie im Januar
Stuttgart 1999
- 5 Joachim Scholtyseck
Robert Bosch und der 20. Juli 1944
Stuttgart 1999
- 6 Hermann Rudolph
»Ein neues Stück deutscher Geschichte«
Theodor Heuss und die politische Kultur der Bundesrepublik
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 1999
Stuttgart 2000
- 7 Ulrich Sieg
Jüdische Intellektuelle und die Krise der bürgerlichen Welt
im Ersten Weltkrieg
Stuttgart 2000

- 8 Ernst Wolfgang Becker
Ermächtigung zum politischen Irrtum
Die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz von 1933 und die Erinnerungspolitik
im ersten württemberg-badischen Untersuchungsausschuß der Nachkriegszeit
Stuttgart 2001
- 9 Jutta Limbach
Vorrang der Verfassung oder Souveränität des Parlaments?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2000
Stuttgart 2001
- 10 Hildegard Hamm-Brücher
»Demokratie ist keine Glücksversicherung ...«
Über die Anfänge unserer Demokratie nach 1945 und ihre Perspektiven
für Gegenwart und Zukunft
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2001
Stuttgart 2002
- 11 Richard Schröder
»Deutschlands Geschichte muss uns nicht um den Schlaf bringen.«
Plädoyer für eine demokratische deutsche Erinnerungskultur
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2002
Stuttgart 2003
- 12 Andreas Rödder
Wertewandel und Postmoderne
Gesellschaft und Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1965–1990
Stuttgart 2004
- 13 Jürgen Osterhammel
Liberalismus als kulturelle Revolution
Die widersprüchliche Weltwirkung einer europäischen Idee
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2003
Stuttgart 2004
- 14 Frieder Günther
Mislungene Aussöhnung?
Der Staatsbesuch von Theodor Heuss in Großbritannien im Oktober 1958
Stuttgart 2004

- 15 Thomas Hertfelder
In Presidents we trust
Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA
Stuttgart 2005
- 16 Dieter Langewiesche
Liberalismus und Demokratie im Staatsdenken von Theodor Heuss
Stuttgart 2005
- 17 Peter Graf Kielmansegg
Die Instanz des letzten Wortes
Verfassungsgerichtsbarkeit und Gewaltenteilung in der Demokratie
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2004
Stuttgart 2005
- 18 Gesine Schwan
Vertrauen und Politik
Politische Theorie im Zeitalter der Globalisierung
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2005
Stuttgart 2006
- 19 Ralf Dahrendorf
Anfechtungen liberaler Demokratien
Festvortrag zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung Bundespräsident-
Theodor-Heuss-Haus
Stuttgart 2007
- 20 Angela Hermann
»In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.«
Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher
Stuttgart 2008
- 21 Salomon Korn
Was ist deutsch-jüdische »Normalität«?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2007
Stuttgart 2008
- 22 Giovanni di Lorenzo
Auch unsere Generation hat Werte. Aber welche?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2008
Stuttgart 2009

- 23 Matthias Weipert
»Verantwortung für das Allgemeine«?
Bundespräsident Theodor Heuss und die FDP
Stuttgart 2009
- 24 Dieter Grimm
Die Würde des Menschen ist unantastbar
Vortrag auf dem Festakt der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
zum 60jährigen Bestehen des Grundgesetzes am 8. Mai 2009
Stuttgart 2010
- 25 Paul Kirchhof
Der freie oder der gelenkte Bürger
Die Gefährdung der Freiheit durch Geld, Informationspolitik und durch
die Organisationsgewalt des Staats
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2009
Stuttgart 2010
- 26 Michael Stolleis
Freiheit und Unfreiheit durch Recht
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2010
Stuttgart 2011
- 27 Robert Leicht
... allein mir fehlt der Glaube
Wie hält es die liberale Gesellschaft mit der Religion?
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2011
Stuttgart 2012
- 28 Anselm Doering-Manteuffel
Die Entmündigung des Staates und die Krise der Demokratie
Entwicklungslinien von 1980 bis zur Gegenwart
Stuttgart 2013
- 29 Thomas Hertfelder
Von Naumann zu Heuss
Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland
Stuttgart 2013

- 30 Joachim Gauck
Mehr Bürgergesellschaft wagen
Über repräsentative Demokratie, Bürgersinn und die Notwendigkeit
des Erinnerns
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2013
Stuttgart 2014
- 31 Jutta Allmendinger / Ellen von den Driesch
Mythen – Fakten – Ansatzpunkte
Dimensionen sozialer Ungleichheit in Europa
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2014
Stuttgart 2015
- 32 Ulrich Herbert
In der neuen Weltordnung
Zur deutschen Geschichte seit 1990
Theodor-Heuss-Gedächtnis-Vorlesung 2015
Stuttgart 2016

Impressum

Biografische Informationen der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Herausgegeben
von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus
Im Himmelsberg 16
70192 Stuttgart

www.stiftung-heuss-haus.de

Redaktion: Dr. Kristian Buchna

Satz: Ulrike Holzwarth, Büro für Gestaltung

Gestaltung: as kommunikationsdesign, Stuttgart

Druck und Bindung: logo Print GmbH, Metzingen

Umschlagfoto: Ilse Buhs, ullstein bild

Foto hintere Umschlagklappe: Thomas Kunz

ISBN 978-3-942302-09-8 | ISSN 1435-1242

© SBTH, März 2016

Die Stiftung wird vom Bund mit Mitteln der Staatsministerin für Kultur und Medien gefördert.



Zum Autor

Ulrich Herbert, geboren 1951 in Düsseldorf, ist Inhaber des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg. Sein akademischer Werdegang begann 1980 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Essen. Von 1984 bis 1992 arbeitete er als Wissenschaftlicher Assistent an der Fernuniversität Hagen. Nach seiner Habilitation 1992 wirkte Herbert als Direktor der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, 1995 folgte er einem Ruf an die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. 1999 erhielt er den Leibnitz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 2014 den Bayerischen Buchpreis in der Kategorie »Sachbuch«.

Herbert ist Autor zahlreicher vielbeachteter Studien, darunter: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989 (1996); Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge (2001); Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert (2014).

www.stiftung-heuss-haus.de

 Folgen Sie uns auf Facebook: www.facebook.de/heusshaus